



SOZIALE GERECHTIGKEIT FÜR EIN DEMOKRATISCHES HESSEN

Die aufgehende Schere zwischen wachsender Armut vieler auf der einen und wachsendem Reichtum weniger auf der anderen Seite stellt die Frage nach Gerechtigkeit als Grundprinzip unserer Gesellschaft. Die Angst vor dem sozialen Abstieg reicht bis tief in die Mitte der Gesellschaft. Die gerechte Teilhabe an Bildung, Arbeit, gesundheitlicher Versorgung, Einkommen, Mobilität – aber auch politischer Gestaltung vor Ort – ist für viele Menschen bereits heute nicht mehr oder nur unzureichend gesichert. Daraus ergeben sich die zentralen Herausforderungen für die Sozialpolitik.

TEILHABE ERMÖGLICHEN

Auch wenn der Staat nicht alles regeln kann, muss er doch die Rahmenbedingungen schaffen, damit sich die Menschen auf soziale Sicherung verlassen und an der Gesellschaft teilhaben können. Sozialpolitik heißt aber nicht nur, Menschen zu stärken, in Notlagen zu helfen und Teilhabe zu fördern, sondern muss auch auf Nachhaltigkeit achten: Der Sozialstaat darf sich nicht durch wachsende Staatsverschuldung finanzieren. Vor dem Hintergrund der „Schuldenbremse“ wollen wir breit mit den Bürgerinnen und Bürgern die Diskussion führen, welchen Staat unsere moderne Gesellschaft braucht. Auf dieser Grundlage ist es möglich, bei sozialpolitischen Maßnahmen Überflüssiges einzusparen, Gutes effizienter zu erbringen und Notwendiges solide – auch über mehr Einnahmen – zu finanzieren.

In Hessen, nach zehn Jahren CDU-Sozialpolitik, ist das soziale Netz sehr löchrig geworden. Der Beliebigkeit in der Sozialpolitik und dem Abbau sozialer Leis-

tungen und Standards setzen wir eine Sozialpolitik entgegen, die den sozialen Frieden gewährleistet. Durch den verantwortungsvollen Umgang mit Landesmitteln wollen wir die soziale Infrastruktur Hessens zukunftsfest gestalten. Dazu wollen wir mit dem Sozialbudget,

Mit viel Begeisterung haben wir auch wieder in diesem Jahr den Internationalen Frauentag mit einem Empfang im Landtag begangen. Und die dreißig Plätze am Girls' Day sind – wie jedes Jahr – schnell ausgebucht.



Mit dem GRÜNEN Sozialbudget die Solidarität in Hessen stärken

G. Altmann / pixelio

ein Instrument in den Landeshaushalt einführen, das alle Politikbereiche des Sozialministeriums umfasst und die Verlässlichkeit der Förderung der freiwilligen sozialen Leistungen sicherstellt. Damit werden außerdem bestehende Arbeitsplätze gesichert bzw. neue geschaffen. Es hat sich gezeigt, dass wir Grüne als Lieferant von relevanten Konzepten von den Hessinnen und Hessen sehr ernst genommen werden und Unterstützung erfahren. Auch durch diese Konzepte (siehe Kasten unten) wollen wir die Diskussion über moderne Sozialpolitik fördern.

Neben der konzeptionellen Arbeit kümmern wir uns ums „Tagesgeschäft“, die tägliche Arbeit im hessischen Landtag.

VIelfalt FÖRDERN

Wir fordern endlich eine Initiative zur Vermeidung des Fachkräftemangels, eine bessere Ausrichtung der Landesprogramme auf die Bedürfnisse arbeitssuchender, insbesondere älterer Menschen und Menschen mit Migrationshintergrund in der Arbeitsmarktpolitik. Inklusion von Kindern mit Behinderungen in der Schule ist ein Ziel, das wir Grüne schon seit vielen Jahren verfolgen. Nach der von uns initiierten Anhörung zum früheren Heimerziehung begleiten wir, wie den Opfern schnell geholfen werden kann. Aktiv waren und sind wir natürlich an Gesetzeslesungen beteiligt: zum Beispiel zum neuen Krankenhausgesetz, um die kommunalen Krankenhäuser zu erhalten, oder zum Heimgesetz, um pflegebedürftigen Menschen ein lebenswertes Dasein und gesellschaftliche Teilhabe zu sichern. Weitere Informationen zu Themen und Inhalten unserer parlamentarischen Arbeit finden sich unter:

www.gruene-hessen.de - Themen

SOZIALE KONZEPTE FÜR HESSEN (STAND 6/2011)

Kindergärten zu Bildungsgärten: Hessen braucht eine Qualitätsoffensive für Kindergärten und bessere Übergänge vom Kindergarten zur Grundschule.

Barrierefreiheit als universelles Gestaltungsdesign: Wir wollen, dass Barrierefreiheit bei jeder Gestaltung des öffentlichen Raumes ein tragendes Leitprinzip wird.

Gesundheit im ländlichen Raum: Ideologie oder Partikularinteressen dürfen nicht länger im Vordergrund stehen: Für uns gehören die Menschen in den Mittelpunkt der Gesundheitspolitik.

Weitere Informationen: www.gruene-hessen.de/landtag/konzepte-fuer-hessen

KONZEPTE FÜR HESSEN:
MIT GRÜN GEHT'S BESSER



MODERNE, NACHHALTIGE SOZIALPOLITIK

Kordula Schulz-Asche - stellvertretende Fraktionsvorsitzende und Sprecherin für Soziales, Frauen, Gesundheit und Demografie

Für uns GRÜNE stellt die Sozialpolitik eine zentrale Aufgabe unserer Politik dar. Denn die Zukunft unserer Gesellschaft wird maßgeblich davon abhängen, wie neben dem ökologischen Umbau und guter Bildung der soziale Frieden nachhaltig gewährleistet werden kann. Das möchte ich mitgestalten.

Seit 2003 bin ich in der GRÜNEN Fraktion Sprecherin für Soziales, in der neuen Legislaturperiode verantwortlich für Frauen, Gesundheit und Alter. Mit meinem Hintergrund aus der Entwick-



KORDULA SCHULZ-ASCHE

Stellv. Fraktionsvorsitzende,
Sprecherin für Soziales,
Frauen, Gesundheit und
Demografie

Tel.: 0611/350 749

k.schulz-asche@ltg.hessen.de
www.schulz-asche.de

lungszusammenarbeit in Afrika, langen Auslandsaufenthalten und politischer Arbeit „von der Pike auf“, stellt sich für mich in meinem Verständnis von Sozialpolitik immer auch die Frage nach einem ganzheitlichen Verständnis von Politik für die Menschen.

GLEICHBERECHTIGUNG ENDLICH VERWIRKLICHEN

Ziel Grüner Politik ist für mich eine Gesellschaft, in der sich unterschiedliche Lebensentwürfe von Frauen und Männern gleichberechtigt verwirklichen lassen. Dazu gehört die gleichberechtigte politische Partizipation und Repräsentation von Frauen und Männern – das ist Voraussetzung für lebendige Demokratie. Und natürlich die Quote für Frauen in Führungsebenen: damit endlich Qualität statt Seilschaften ausschlaggebend für die Karriere von Männern und Frauen werden. Statt der Fortschreibung tradierter Geschlechterrollen möchte ich Entscheidungsfreiheit für beide Geschlechter. Deshalb ist es auch Zeit für

eine progressive umfassende Geschlechterpolitik, in der sich auch offensive Männerpolitik der besonderen Belange von Jungen und Männern annimmt.

Frauenförderpolitik ist jedoch auch im 21. Jahrhundert noch nicht überflüssig, sei es mittels Gender Mainstreaming, gesetzlichen Regelungen zur Gleichberechtigung wie dem Hessischen Gleichberechtigungsgesetz und ganz konkreten Projekten zur Stärkung von Frauen in allen Lebens- und Arbeitsbereichen.

Ein wesentlicher Punkt ist für mich vor allem der Schutz von Frauen vor Gewalt. Durch 30jährige Erfahrungen der GRÜNEN mit Frauenförderung und dem Ziel der Geschlechtergerechtigkeit wissen wir, wie der intensive Dialog von Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft gestaltet werden kann.

MENSCHEN IN DEN MITTELPUNKT

Vorrangiges Ziel unserer Gesundheitspolitik ist die Förderung der Gesundheit und die Prävention; sie müssen zu einer eigenständigen Säule unseres Gesundheitswesens werden. Ziel ist neben der Vermeidung von Krankheiten, die Verbesserung der Lebensqualität durch gesundes Leben.

Gerade als gelernte Krankenschwester setzte ich mich für ein integriertes System ein, in dem ambulante, teilstationäre, stationäre, pflegerische Versorgung und der Rehabilitation dienende Angebote vorrangig an den Bedürfnissen der Patienten ausgerichtet werden und miteinander kooperieren. Auch auf kommunaler Ebene gibt es hier für die GRÜNEN viel zu tun. Gerade aufgrund der demografischen Altersentwicklung sind innovative Modelle zur Sicherstellung einer wohnortnahen Versorgung – auch im ländlichen Raum – notwendig. Der Erhalt kommunaler Krankenhäuser mit bester Versorgungsqualität ist mir

ein wichtiges Anliegen, genauso wie die Versorgung psychisch kranker Menschen, insbesondere von Kindern und Jugendlichen.



Equal Pay Day 2011

Eine an den Menschen ausgerichtete Suchtpolitik besteht aus konsequenter Prävention, vernetzter, wohnortnaher Beratung und Behandlung sowie ausreichenden Überlebenshilfen und vor allem Zugang zum Arbeitsmarkt.

SELBST BESTIMMTES LEBEN IN ALLEN LEBENSPHASEN

Älterwerden und Altwerden ist für mich kein Manko, sondern ein großer Erfolg unserer Gesellschaft. Altenpolitik ergänzt für mich den Grünen Anspruch, jedem Menschen in jeder Lebensphase ein selbst bestimmtes Leben zu ermöglichen. Altern im 21. Jahrhundert ist vielfältig und wird sich durch den demografischen Wandel zukünftig noch entschieden bunter darstellen. Und das ist auch gut so!

Wir brauchen neue, mit den Menschen gemeinsam entwickelte Konzepte für das selbst bestimmte Leben im Alter. Die wachsende Zahl älterer Menschen bedarf kluger Angebote für die wohnortnahe Versorgung mit guter medizinischer Betreuung und Pflege, eine am selbständigen Leben orientierte Wohnungspolitik und Unterstützung für an Demenz erkrankten Menschen. Zur Teilhabe an Gesellschaft gehört aber auch die finanzielle Absicherung durch eine Garantie-Rente und eine Bürgerversicherung im Gesundheitswesen.



KINDER IN DEN MITTELPUNKT

Marcus Bocklet - Sprecher für Armutsbekämpfung, Arbeitsförderung, Familie, Kinder und Jugend

Mein Name ist Marcus Bocklet, ich bin geboren und aufgewachsen in Frankfurt/M. Dort war ich über 15 Jahre kommunalpolitisch tätig und in vielen sozialen Vereinen und Organisationen sozialer Hilfen oder der Beschäftigungsförderung engagiert. Seit 2005 bin ich - mit einer einjährigen Pause - als Landtagsabgeordneter in der Sozialpolitik aktiv.



MARCUS BOCKLET

Sprecher für Armutsbekämpfung, Familie, Kinder und Jugend

Tel.: 0611/350 633
m.bocklet@ltg.hessen.de
www.marcusbocklet.de

KINDER UND FAMILIENPOLITIK

Hier ist für mich wichtig, dass wir die Kinderpolitik vor allem aus Sicht der Kinder sehen: Kinder haben das Recht auf Zuwendung und Rücksicht, das Recht auf ein Leben ohne Armut und auf Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, das Recht auf kompetente Eltern und auf Zeit mit den Eltern, das Recht auf beste Bildung, Erziehung und Betreuung von klein an, sowie das Recht auf Mitsprache und Beteiligung. Kinder sind eigenständige Persönlichkeiten und brauchen individuelle Unterstützung und Förderung. Für mich ist es selbstverständlich, Bildung, Betreuung und Erziehung unserer Kinder zu fördern. Familie ist, wo Kinder sind: In einer Familie übernehmen Menschen unabhängig von verwandtschaftlichen Beziehungen und egal, ob hetero- oder homosexuell, füreinander Verantwortung.

Ich setze mich für eine gute Bildung, Betreuung und Erziehung von Anfang an ein. Deshalb wollen wir, dass gemeinsam mit den Kommunen, Unternehmen, gemeinnützigen Trägern und Elterninitiativen ein flächendeckendes, qualitativ hochwertiges und quantitativ ausreichendes Bildungs-, Betreuungs-

und Erziehungsangebot für alle Kinder in Hessen geschaffen wird. Dazu gehören natürlich auch ausreichend und gut qualifizierte ErzieherInnen. Hier herrscht ein enormer Personalbedarf, der dringend gedeckt werden muss.

ARBEITSMARKTPOLITIK

Ein ganz wichtiges Projekt wird die Einrichtung eines Programms für den sozialen Arbeitsmarkt sein.

Wir wollen mit diesem neuen Programm dauerhaft öffentlich geförderte Beschäftigung mit sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnissen schaffen, um Menschen, die keine Beschäftigungschance auf dem ersten Arbeitsmarkt haben, eine langfristige Beschäftigungsperspektive zu geben. Die Beschäftigung soll zusätzlich, gemeinwohlorientiert und nicht wettbewerbsverzerrend sein. Mittel der



Aktion zur Sozialpolitik mit Claudia Roth

Bundesagentur für Arbeit, Transferleistungen der Kommunen und Landesgelder unter Nutzung von Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF), sollen dazu verwendet werden.

ZUKUNFT DER JOBCENTER

Weiterhin setze ich mich dafür ein, dass die bestehenden Ausbildungs- und Arbeitsmarktprogramme des Landes neu strukturiert werden, um spezielle Zielgruppenförderung zu ermöglichen und mehr Transparenz herzustellen. Damit sollen kommunale Programme und Programme des Bundes sinnvoll ergänzt werden.

Damit alle Jugendlichen die Chance auf eine gute berufliche Zukunft erhalten, möchte ich einen wirksamen Ausbildungspakt mit einer angemessenen Beteiligung des Landes daran durch zusätzliche Ausbildungskapazitäten, auflegen. Wir wollen insbesondere niedrigschwellige Berufsbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen für benachteiligte Jugendliche fördern.

Eine dezentrale Struktur mit kommunaler Verantwortung ist die Voraussetzung dafür, dass eine individuelle und nachhaltige Vermittlung in Arbeit für Arbeit suchende Menschen passiert. Ich möchte, dass die Qualität der Beratung und Betreuung in den Jobcentern radikal verbessert wird. Wir werden uns weiter für eine enge Zusammenarbeit von Bundesagentur und Kommunen bei der Grundsicherung für Arbeitssuchende einsetzen.

ARMUTSBEKÄMPFUNG

Materielle Armut sowie gesellschaftliche und soziale Ausgrenzung existieren auch in einem reichen Bundesland wie Hessen. Die Angst vor dem sozialen Abstieg ist längst in der Mitte der Gesellschaft angekommen.

Das Ziel unserer Politik ist, Armut zu bekämpfen, gesellschaftliche Teilhabe zu sichern und das Entstehen neuer Armut zu verhindern. Dazu gehört mein Engagement, das Programm „Soziale Stadt“ zu erneuern und damit strukturelle und partizipative Prozesse in Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf zu fördern. Wir GRÜNE wollen wieder Landesmittel für Menschen in sozialen Notlagen bereitstellen, um die Präventionsarbeit in sozialen Brennpunkten zu fördern sowie die Finanzierung der Schuldnerberatung sicherzustellen.



SELBSTBESTIMMT STATT AUSGEGRENZT

Vorsitzender des Sozialpolitischen Ausschusses

Sprecher für Behindertenpolitik und Gleichstellung

In einer gerechten Gesellschaft gilt für jeden Menschen die Botschaft: Es gibt einen Platz für Dich im Leben, einen Platz in dieser Gesellschaft. Sozialpolitik muss dafür sorgen, dass dies kein lee-



ANDREAS JÜRGENS

Sprecher für Rechtspolitik,
Gleichstellung und
Behindertenpolitik

Tel.: 0611/350 742
a.juergens@ltg.hessen.de
www.andreas-juergens.de

res Versprechen bleibt. Sie muss jedem, der darauf angewiesen ist, Hilfe anbieten bei der Suche nach seinem Platz im Leben. Aber finden, einnehmen und ausfüllen kann jeder diesen Platz nur selbst. Grüne Sozialpolitik fördert die Selbstbestimmung des einzelnen Menschen, unterstützt Selbstvertrauen und Eigenverantwortlichkeit. Der paternalistisch-fürsorgende Staat führt dagegen zu Fremdbestimmung und Bevormundung. Das wollen wir nicht.

BARRIEREFREIHEIT IN ALLEN BEREICHEN DES LEBENS

Ich bin von Geburt an behindert (Rollstuhlfahrer). Schon früh habe ich mich für die Rechte behinderter Menschen eingesetzt. Gemeinsam mit anderen habe ich 1987 in Kassel den „Verein zur Förderung der Autonomie Behinderter e.V.“ gegründet, der inzwischen umfangreiche Dienstleistungen für behinderte Menschen anbietet, u.a. einen ambulanten Hilfsdienst. Als Sprecher des Forums behinderter Juristinnen und Juristen habe ich mich für die Aufnahme des Benachteiligungsverbots („Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden“) in das Grundgesetz eingesetzt. An der Erarbeitung des Behindertengleichstellungsgesetzes des Bundes habe ich aktiv mitgewirkt. Im Landtag ist dies weiterhin ein

Schwerpunkt meiner Arbeit. Deshalb habe ich auch gern den Vorsitz im zuständigen Ausschuss übernommen. Die Behindertengleichstellungsgesetze auf Bundes- und Landesebene müssen noch umgesetzt werden. Für uns steht fest: Die Regelungen zur Barrierefreiheit im Landesgesetz müssen auch für die Kommunen gelten. Wir haben ein Konzept „Barrierefreiheit als universelles Gestaltungsdesign“ vorgelegt, in dem wir beschreiben, durch welche Maßnahmen das Land wirkliche Barrierefreiheit umsetzen kann.



Demonstration für Barrierefreiheit in Kassel

UN-KONVENTION - INKLUSION MUSS SCHULE MACHEN

Seit März 2009 gilt die Konvention der Vereinten Nationen über die Rechte behinderter Menschen (UN-Konvention) auch in Deutschland. Auch diese muss umgesetzt werden: Nach der UN-Konvention hat jedes behinderte Kind ein Recht auf eine Beschulung gemeinsam mit nicht-behinderten Kindern. In Hessen werden immer noch die meisten behinderten Kinder auf eine Förderschule geschickt. Barrierefreiheit in allen Be-

reichen des Lebens, wie von der UN-Konvention gefordert, ist längst noch nicht umgesetzt. Eine gleichberechtigte Teilhabe in der Gesellschaft steht ebenfalls noch aus.

Wir wollen die Selbstbestimmung und Mitwirkung der Heimbewohner stärken und den Übergang zu ambulanten Wohnformen (Wohngruppen, betreutes Wohnen etc.) erleichtern.

Ich bin auch rechtspolitischer Sprecher meiner Fraktion. Hier gibt es viele Berührungspunkte zur Sozialpolitik. So wissen wir, dass bei Jugendlichen im

Jugendstrafvollzug die Rückfallquote bei fast 80% liegt. Ich habe mich für mehr Flexibilität im Jugendstrafvollzug eingesetzt, u.a. durch mehr offenen Vollzug, als bisher. Geradezu skandalös ist der Wegfall der Hilfen für straffällig gewordene Jugendliche (Anti-Aggression-Kurse, soziale Trainingskurse, begleitete Arbeitsaufträge etc.) durch die Kürzungen der Landesregierung im Rahmen der Operation „düstere Zukunft“ im Jahr 2004. Seitdem kämpfen wir dafür, dass das Land diese Hilfen wieder einrichtet. Es geht darum, junge Menschen möglichst frühzeitig vor dem Abrutschen auf die schiefe Bahn zu bewahren. Dazu braucht es mehr Hilfe und nicht nur Strafe.

IMPRESSUM

Herausgeberin
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
im Hessischen Landtag
Schlossplatz 1-3, 65183 Wiesbaden
Tel.: 0611/350 582
E-Mail: gruene@ltg.hessen.de

V.i.S.d.P.
Mathias Wagner
Parlamentarischer Geschäftsführer

Redaktion & Layout
Till Haupt

Fotos
Eigene, pixelio.de
Druck Mai 2011